



Kriegszeiten: Angriffe auf die Menschenwürde

Wenige Jahre nach Beendigung des 2. Weltkriegs konnten die Menschen in Deutschland zunächst einmal Hoffnung schöpfen: Im Jahre 1949 trat das Grundgesetz in Kraft, in dem die menschliche Würde an herausragender Stelle im § 1 Verfassungsrang erhielt. Ihr Schutz wurde verbindliche Handlungsgrundlage vor allem für politische VerantwortungsträgerInnen, die durch weitere Paragraphen verpflichtet wurden, ein friedliches, gerechtes, menschenrechtsfundiertes Gemeinwesen und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen sicherzustellen.

Erste Zweifel stellten sich in den siebziger Jahren ein, als das Etikett „Soziale Marktwirtschaft“ zu verbleichen begann. Systematischer Sozialabbau ließ die Skepsis im Laufe der Jahrzehnte wachsen, bis die „Agenda 2010“ zum gesetzlich fixierten und legitimierten Affront der politisch und ökonomisch Herrschenden gegen Millionen prekär lebende Menschen wurde. Im Verlaufe der letzten zwei Jahre nun wurde ihnen regelrecht der Krieg erklärt, und diese Lesart des aktuellen sozialpolitischen Desasters ist nicht als Metapher, sondern als Feststellung zu verstehen. Die soziale Dynamik unserer Gesellschaft, die das alltägliche Leben vieler Menschen immer stärker bedroht, entgleitet den Begriffen kritischer Sozialwissenschaft, ist nur noch mit einem Vokabular der Konfrontation zu erfassen. Faktisch erleben wir einen Frontalangriff der Regierenden und ihrer parteiinternen Fußtruppen – aggressiv unterstützt durch die Opposition – auf die Armen und Elenden: Sie werden drangsaliert und ausgegrenzt im Rahmen eines gesellschaftlichen Szenarios, dem die Mütter und Väter des Grundgesetzes eigentlich einen endgültigen Riegel vorschieben wollten, als sie Friedens- und Sozialgebot ins Grundgesetz schrieben. Der sozialpolitische Geschosshagel, der im Krieg nach innen auf die durch ihn Leidenden niedergeht, auf seine seelisch verwundeten oder die körperlich unheilbar beschädigten oder die längst zu Tode gekommenen Opfer, ist hinlänglich bekannt: Mindestlohn, der nicht zum Leben reicht, aber zum Sterben zu viel

ist; Kinderarmut, von der jedes fünfte Kind betroffen ist, also fast 3 Millionen Kinder; Kindergrundsicherung, über die Regierung und Parlament weiter

Kinder während der Corona-Pandemie, speziell in Deutschland weiter verschärft hat, wie wir dank der PISA-Studien wissen; Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, insbesondere der prekär belasteten Gruppen, die durch die beabsichtigte Krankenhausreform und durch beschleunigte Privatisierung, etwa in Gestalt profitorientierter medizinischer Versorgungszentren, weiter eingeschränkt wird; Kürzungen bei Maßnahmen, die helfen sollen, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, berauben sie ihrer ohnehin geringen Chancen, wieder ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Und diese Liste der sozialen Explosivität ist nicht vollständig. Die Abwärtsspirale der Ausgaben für soziale Leistungen, auf die viele Menschen angewiesen sind, um überleben zu können, die Verschiebung des von der Regierung versprochenen Klimageldes, das für prekär lebende Menschen existenziell wichtig wäre, und die steigenden Lebenshaltungskosten, die sie in Angst und Verzweiflung treiben, erleben viele Bedürftige als Akte der Gewalt gegen sich. Viele Opfer dieser sozialen Dynamik können nur noch dank des Einsatzes vieler ehrenamtlich tätiger Menschen bei Tafeln und Suppenküchen überleben, Asyl- und Schutzsuchende hören von der Innenministerin und dem Bundeskanzler, dass sie so

schnell wie möglich und mit Gewalt aus diesem Land entfernt werden sollen, weil sie zu teuer sind, Asyl- und Menschenrecht hin oder her: Für leidende und hoffnungslose Menschen sind die sie strangulierenden Entscheidungen der politischen Verantwortlichen keine bedauerlichen Missstände oder gesellschaftliche Widersprüche, sondern folgenschwere Attacken.

Die Angriffe auf die wehrlosesten Teile der Gesellschaft spiegeln sich in Zahlen und Berichten des Statistischen Bundesamtes oder der Bertelsmann-Stiftung oder der Wohlfahrtsverbände wider: In keinem anderen Land – mit Ausnahme der USA – ist die Kluft zwischen armen und reichen Menschen größer und beschleunigt sich mehr als in Deutschland: Rund 16 % der Menschen – also etwa 14 Millionen – leben unterhalb der Armutsgrenze, und die Wohlhabenden vervielfachen ihre Vermögen unbegrenzt, ► weiter auf Seite 2

streiten, um sie den materiell und kulturell ausgegrenzten Kindern irgendwann wie Almosen von der Haushalts-Resterampe als großzügigen Geste zu verkaufen; Altersarmut, die bis ins Jahr 2022 rasant zugenommen hat, so dass etwa 16 % der Menschen über 65 Jahre armutsgefährdet sind; Wohnungsnot, vor allem fehlende Wohnungen für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen, die ein Ausmaß erreicht hat, das Millionen Familien und Alleinstehende in akute existenzielle Nöte bringt;

»In keinem anderen Land – mit Ausnahme der USA – ist die Kluft zwischen armen und reichen Menschen größer und beschleunigt sich mehr als in Deutschland: Rund 16% der Menschen – also etwa 14 Millionen – leben unterhalb der Armutsgrenze.«

die Zahl wohnungsloser – früher: obdachlosen – Menschen, die bei Wind und Wetter auf der Straße leben müssen, die oft hungern und oft krank sind, ohne die Chance zu haben, jemals angemessen behandelt zu werden, ist auf über 600.000 gestiegen; Bildungsarmut, die nicht nur durch ein bildungsbürgerlich fixiertes Schulsystem gefördert wird, sondern sich, forciert noch einmal durch die überzogenen Isolierungsmaßnahmen vor allem gegen



► nicht zuletzt durch Subventionen, Steuervergünstigungen und Steuerflucht, also politisch gewollte Umverteilung von unten nach oben. Die Folgen der sozial- und steuerpolitischen Logik „wer hat, dem wird gegeben“ werden aktuell – und in den politisch-ökonomischen Planungsszenarien auf Dauer – durch die zusätzliche rüstungsfokussierte Umverteilung von Steuergeldern weiter verstärkt: 100 Milliarden Schulden, die als „Sondervermögen“ verschleiert werden; inzwischen 200 Milliarden Folgekosten der deutschen Unterstützung für die Ukraine; und schließlich die Entscheidung, ab 2028 mehr als 2% des Bruttosozialprodukts für Rüstung und geostrategische Einsätze auszugeben. Mehr als eine Verdoppelung des jetzigen Wehretats, wie sie von der jetzigen Bundesregierung avisiert ist – ausdrücklich auch mit Unterstützung der größten Oppositionspartei im Bundestag – bedeutet immer weniger Geld für die sozialstaatlichen Unterstützungsmechanismen, immer weitere Beschneidungen ohnehin ärmlicher Lebensmöglichkeiten.

Als gesellschaftspolitisch engagierte Aktive können wir nicht übersehen, aus welcher Richtung diese sozialen Geschosse kommen: Das russische Verbrechen des Überfalls auf die Ukraine hat in der deutschen Regierung und im deutschen Parlament zu einer Priorisierung von Handlungsmustern geführt, die nicht nur dem an der UN-Charta orientierten Friedensverlangen der deutschen Verfassung – wir lassen den Jugoslawienkrieg als „Dammbrucher“ mal unberücksichtigt – widerspricht, sondern auch ihrem Auftrag, für sozialen Frieden zu sorgen. Das historisch und aktuell fragwürdige Narrativ, die Ukraine verteidige auch unsere durch Russland bedrohte Freiheit, mündet in eine Stimmung der Kriegs- und Wehrtüchtigkeit, die zwei für viele Menschen bedrohliche Effekte hat: Sie lässt einerseits die politische Verantwortlichen vor allem von Waffenlieferungen und Aufrüstung reden, statt – ihren grundgesetzlichen Verpflichtungen nachkommend – alle diplomatischen Anstrengungen für eine Beendigung des Krieges zu unternehmen, andererseits beschleunigt sie die sozialstaatliche Erosion, die aggressiv gegen die gesellschaftlich Ausgegrenzten und Ausgestoßenen gerichtet ist. Wir vom Bündnis für Menschenwürde und Arbeit stehen ihnen mit empathischer und unterstützender Solidarität, aber auch mit historischer Bewusstheit zur Seite. „Schwerter zu Pflugscharen“ war vor Jahrzehnten für viele friedensbewegte Menschen sowohl in der DDR als auch in der BRD eine griffige Anti-Kriegs-Formel. Die 70iger und 80iger Jahre waren von einer gesellschaftsübergreifenden Friedenshoffnung geprägt. Nicht zuletzt die Öffnung der Mauer zwischen BRD und DDR und die Beendigung des Kalten Krieges waren Ergebnisse dieses Friedensengagements. Seit zwei Jahren werden die friedenspolitischen Hoffnungen mehr und mehr in ihr Gegenteil verkehrt, werden nicht Pflüge, sondern die Lebensbedürfnisse von Millionen Menschen in Rüstungsgüter pervertiert. Diese friedlose und asoziale politische Agenda führt zu massiven Einschränkungen bei den Ärmsten der Gesellschaft, nimmt unzählige

gen Menschen national wie international ihre Würde. Die Beiträge unseres Bündnisbriefes bringen zum Ausdruck, wie diese Politik die Lebensgrundlagen vieler Menschen beeinträchtigt: Nach innen, wo die Opfer täglich auf Straßen, in Arbeits- und Sozialämtern und in den Schlangen vor den wohltätigen Essensausgaben anzutreffen sind, und nach außen, wo die so notwendigen Friedensbemühungen durch militarisierende Eskalation ersetzt werden, die den Tod von Hunderttausenden jungen Menschen auf den Schlachtfeldern nach sich zieht. Weil sie Leiden und Elend verstärken, zielen unsere Forderungen auf einen Durchbruch grundsätzlich friedensfördernder politischer Handlungsmuster:



Wir verlangen von der deutschen Regierung, 75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes sein Friedensgebot umzusetzen, alle verfügbaren diplomatischen Anstrengungen für eine Beendigung des Krieges im Osten zu aktivieren, die unzählige junge SoldatInnen das Leben retten würde



wir verlangen, dass zugleich der soziale Krieg nach innen beendet wird, damit die materiellen Grundlagen für sozialpolitische und gesellschaftliche Interventionen zugunsten von mehr Gerechtigkeit und Menschenwürde in diesem Land verfügbar gemacht werden können



wir verlangen ein sozialpolitisches Sondervermögen von 100 Mrd. Euro vorerst für die nächsten fünf Jahre zur Umsetzung aller notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen, die jedem Menschen ein würdevolles Leben ermöglichen könnten

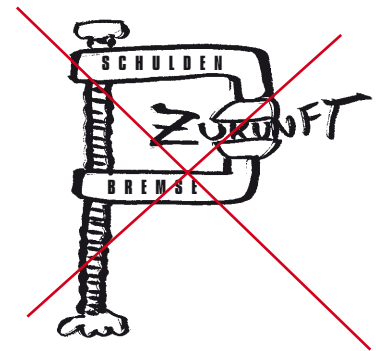


wir verlangen zur Finanzierung dieses Sondervermögens den Zugriff auf Vermögen und Einkommen der wohlhabenden Teile der Gesell-

schaft, gemäß der letzten Oxfam-Studie, die eine gestaffelte Vermögenssteuer innerhalb der Europäischen Union fordert:

- **2%** für Millionär*innen mit einem Vermögen von über 5 Millionen US-Dollar (4,6 Millionen Euro)
- **3%** für Millionär*innen mit einem Vermögen von über 50 Millionen US-Dollar (45,7 Millionen Euro)
- **5%** für Milliardär*innen (913 Millionen Euro).

So stünden 285,6 Milliarden Euro (313,7 Milliarden US-Dollar) pro Jahr, davon allein 85,2 Milliarden Euro (93,6 Milliarden US-Dollar) in Deutschland zur Verfügung, um für den Ausbau von Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung, für Geschlechtergerechtigkeit und die Bekämpfung von Rassismus sowie den Klimaschutz in Deutschland, Europa und weltweit investiert zu werden (Oxfam-Bericht – Hohe Vermögen in Europa gerecht besteu-



Wir schließen uns nachdrücklich der Forderung zahlreicher Wirtschaftsforschungsinstitute an, die bestehende Schuldenbremse nicht weiter wie einen Götzen anzubeten. Eine radikale Lockerung ist dringend erforderlich, da in einer in ihren Strukturen zerstörten Gesellschaft die vermeintlich aktuell vermiedenen Kosten für nachfolgende Generationen um ein Vielfaches steigen werden.

Dieser Bündnisbrief soll allen LeserInnen, vor allem aber den missachteten und betrogenen Menschen, mehr Klarheit darüber schaffen, dass die Aggressivität gegen sie kein Pardon kennt, wie nicht zu überhören und zu überlesen ist: Wenn die Forderung von Finanzminister Lindner vom 23. Februar 2024 nach einem Moratorium über staatliche Sozialausgaben – meint: sie einfrieren –, und wenn die Forderungen der CDU nach Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer Grundsicherung, die kein Pardon für kranke, beschädigte und hilflose Menschen mehr kennt, keine Kriegserklärungen an zwanzig Millionen Menschen in diesem Land sind – was sind sie dann? Es scheint an der Zeit zu sein, diesen offenen Provokationen endlich massiven Widerstand, in massenhaften Demonstrationen auf die Straßen getragen, entgegenzusetzen – nicht gegen die AfD, sondern gegen eine politisch-ökonomische Klasse, die dabei ist, die friedfertigen Grundlagen unserer Gesellschaft zu zertrümmern.

! Dr. Günter Rexilius

„Eine Demokratie kann sich ihre Bürger nicht aussuchen, besonders dann nicht, wenn sie von einem rein ökonomischen Projekt verbogen wurden.“

Philipp Blom

Alle Jahre wieder – diese Liedzeile kennt man mittlerweile nicht nur im Kontext des Weihnachtsfestes, sondern auch im jährlich bald folgenden Weltwirtschaftsforum in Davos. Im Januar traf sich zum 54. Mal die „Elite“ der Weltwirtschaft mit Vertreter*Innen der Zivilgesellschaft, der jungen Generation, Sozialunternehmen und Vertreter*innen der Politik. Das Schwerpunktthema 2024 lautete „Rebuilding Trust – Vertrauen wieder aufbauen“. Das Thema karikierend präsentiert die weltweit tätige Hilfsorganisation Oxfam seit einigen Jahren jeweils zu der Konferenz einen aktuellen Reichtumsbericht, der die weltweit wachsende Ungleichheit offenlegt und damit den Zynismus der Thematik des diesjährigen Treffens eindrücklich präsentiert:

„Extreme Ungleichheit ist eines der Kernprobleme unserer Zeit. In den letzten, von Krisen geprägten Jahren hat sie sich weiter verschärft: Während der Reichtum der Milliardär*innen seit 2020 um gut ein Drittel angewachsen ist, sind gleichzeitig 60 Prozent der Menschheit ärmer geworden. Das weltweit reichste Prozent besitzt fast die Hälfte allen Vermögens, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als einem Prozent so gut wie nichts. ... So haben seit Ausbruch der Coronapandemie fast die Hälfte aller Länder die Ausgaben für soziale Sicherung verringert; sogar mehr als zwei Drittel der Länder haben die Mittel für Bildung gekürzt. Unter anderem wegen zunehmender Schulden planen laut Berechnungen von Oxfam drei Viertel der Regierungen in den nächsten Jahren Ausgabenkürzungen, die sich insgesamt auf 7,8 Billionen US-Dollar belaufen. Armut und soziale Ungleichheit werden dadurch weiter zunehmen. ...“²

Man fragt sich ernsthaft, womit die „Wirtschaftsführer der Welt“ nun überhaupt Vertrauen wiederaufbauen wollen. Zahlreiche gesellschaftliche Brandherde bestimmen die Lebenssituation der Menschen, die nicht zu den begüterten zählen – auch im reichen Deutschland. Der Oxfam-Bericht stellt eine starke Verbindung zwischen Armut und Klimafragen her. Es gibt aber im Sprachjargon der Klimaschutzdebatte vielfältige – neben der Klimafrage – weitere Kippunkte, die für weite Teile der Bevölkerung nichts Gutes bedeuten: Exemplarisch nenne ich vier Themenfelder, die die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse betrifft und massiv Einfluss auf den

Alle Jahre wieder

Der Oxfam-Bericht über die Entwicklung von Armut und Reichtum

Lebensalltag für einen erheblichen Anteil an der Bevölkerung hat:

Klimaschutz und Soziales

Wohnen

Reichtum verteilen

Gesellschaft und Demokratieentwicklung

Klimaschutz und Soziales

„Das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für genauso viele CO₂-Emissionen verantwortlich wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Und während sich hohe Einkommen und Vermögen zunehmend in wenigen privaten Händen konzentrieren, kürzen viele Regierungen die Gelder für öffentliche soziale Grunddienste. So haben seit Ausbruch der Coronapandemie fast die Hälfte aller Länder die Ausgaben für soziale Sicherung verringert; sogar mehr als zwei Drittel der Länder haben die Mittel für Bildung gekürzt.“³

Konkret wird die angespannte Lage durch die deutliche Teuerung von Strom und Heizkosten als wichtige Elemente der Mietnebenkosten. Gleichzeitig sind die fossilen Energieträger die wesentlichen Treiber des Klimawandels und haushaltsbezogene Energieverbräuche haben einen Anteil von gut 25 % des bundes-



Das weltweit reichste Prozent besitzt fast die Hälfte allen Vermögens, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als einem Prozent so gut wie nichts.

weiten Verbrauchs⁴. Neben den inflationsbedingten Teuerungen insbesondere der Lebensmittel – hier sind Haushalte mit geringem Einkommen anerkannt besonders betroffen – müssen

die Haushalte in Folge der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten deutlich mehr an Stromkosten z.B. aus dem Bürgergeldsatz finanzieren. Diese Situation trifft BürgergeldbezieherInnen genauso wie eine insgesamt auf etwa 40 % der Bevölkerung anwachsende Gruppe, die mit Mindestlöhnen oder in einfacheren Arbeitsverhältnissen leben und mit ihrem Einkommen kaum über „die Runden kommen“. Die Kostenspirale wurde in den letzten Jahren noch zusätzlich durch die klimapolitischen Beschlüsse angetrieben, nicht regenerative Energien mit einer CO₂-Steuer zu verteuern. Die Erhöhungen wurden auch umgesetzt. Nicht umgesetzt wurde die politische Absicht, eine für alle Bürger gleiche Rückauszahlung zu organisieren. Hier war das Bundesfinanzministerium federführend, dies zunächst zu verschleppen und dann angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur „schwarzen Null“ zu erklären, dass dieses Projekt nicht umgesetzt werden könne. Damit sind die einkommensschwachen Haushalte erneut besonders belastet.

Solch hohlen Versprechen werden die weitere Bereitschaft, die Bevölkerung am Klimawandel und den Aufgaben zu beteiligen torpedieren. Diejenigen, die international und national am wenigsten zum Raubbau beitragen, sind dann besonders von den Kostenbelastungen betroffen – existenziell!

Ein weiterer Aspekt ist die psychologische Situation in Sachen Veränderung: „Soziale Normen liefern ein Skript, eine Vorlage dafür, wie sich die oder der Einzelne in bestimmten Situationen verhalten sollte“, sagt der Sozialpsychologe Immo Fritsche von der Universität Leipzig. „Damit haben sie eine unheimliche Macht über uns, auch wenn wir davon gar nichts bemerken.“

Eine besondere Kraft entwickeln sie jedoch dann, wenn sie ins Bewusstsein gerückt werden. Das Gefühl, keine Kontrolle über die Folgen eigener Handlungen zu haben, nicht wirkmächtig zu sein, führt häufig dazu, dass Menschen untätig bleiben.⁵

► weiter auf Seite 4

¹ Philipp Blom: Was auf dem Spiel steht // München 2017 S. 216

² https://www.oxfam.de/system/files/documents/bericht_hohe_vermoegen_in_europa_gerecht_bestuern_deutsch.pdf

³ Ebd.

⁴ Vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/energieverbrauch-privater-haushalte#direkte-treibhausgas-emissionen-privater-haushalte-sinken>

⁵ 27.02.2023: <https://www.deutschlandfunk.de/soziale-kippunkte-klimawandel-100.html#Klimaschutzkippunkte>

► Wohnen

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.“

Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, wie es in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verbrieft ist.

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“⁶

(Artikel 11 Absatz 1 des UN-Sozialpaktes)

Wohnen als Menschenrecht: Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dies in diesem Beitrag erwähnen zu müssen.

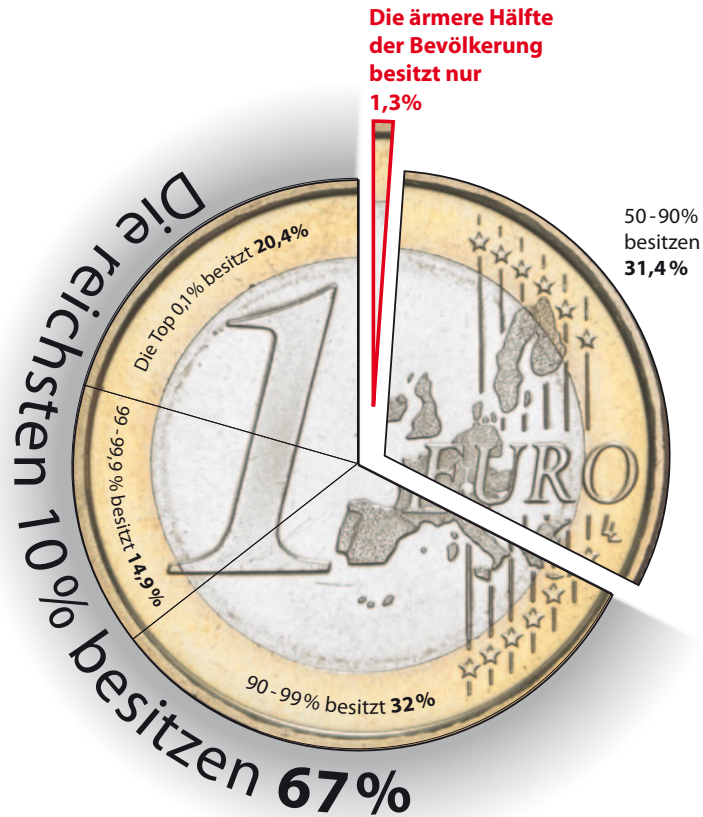
Der Mietmarkt wird u.a. von einigen Groß-Anbietern bestimmt, die aktuell trotz steigenden Bedarfs an Wohnungen verlaun lassen, dass sie angesichts der Zinslage nicht weiter in neue Gebäude investieren wollen. Angesichts einer wachsenden Bevölkerung ist dies eine verhängnisvolle Entwicklung, die auch noch die Mieten in den Bestandsobjekten anheizt, da es der Markt ja gerade hergibt.

„Damit dürfte sich auch die soziale Schieflage weiter verschärfen. In den vergangenen 25 Jahren mussten Haushalte mit mittleren und geringen Einkommen im Durchschnitt einen immer höheren Anteil ihres monatlichen Nettoeinkommens fürs Wohnen aufbringen: Knapp ein Drittel aller Mieterinnen und Mieter gibt heute mehr als 40 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens für das Wohnen aus. Und der Anstieg der Löhne und Gehälter in den letzten zehn Jahren konnte den bei Mieten und Wohnkosten nicht decken.“⁷

Diese Lage betrifft dann erneut besonders Menschen, die über geringe Einkünfte verfügen. Und gerade auch für Bürgergeldempfänger hat die Entwicklung markante Folgen.

⁶ <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/recht-auf-wohnen>

⁷ 09.02.2024 Fratschers Verteilungsfragen: <https://t.mailing.zeit.de/...>



Quelle: Bertelsmann-Stiftung

„Im NRW-Durchschnitt zahlten demnach 2022 – Daten für 2023 liegen noch nicht vor – rund 13 Prozent aller Bürgergeld-Haushalte bei den Wohnkosten etwas dazu. Dabei lag die Deckungslücke im Schnitt bei mehr als 82 Euro im Monat. In beispielsweise Leverkusen, Bonn, Mettmann oder Münster waren es über 100 Euro.“⁸

Das große Thema Wohnungs- oder Obdachlosigkeit ist hier noch gar nicht angerissen.



Reichtum verteilen

Die von Oxfam ermittelte Spaltung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse bestimmt immer mehr die Lebenssituation der Bürger*innen und deren Wahrnehmung in der Gesellschaft angenommen und verortet zu sein.

Marlene Engelhorn, vermögende Erbin des Unternehmens Boehringer Mannheim und tax-me-now Initiatorin, hierzu:

⁸ Vgl. RP vom 15.02.2024 - <https://rp-online.de/nrw/landespolitik/buergergeld-zahlen-fuer-nrw-riesige-unterschiede-bei-wohnen-aid-106866597>

Engelhorn:

„Ich möchte mein Vermögen rückverteilen, weil die aktuelle Verteilung von Vermögen in Ländern wie Österreich oder Deutschland eine Katastrophe ist. Und weil das brandgefährlich ist für die Demokratie. Denn bei Vermögen geht es um Ressourcen und Macht. Wenn die sehr ungerecht verteilt sind, hat das Auswirkung auf die Teilhabechancen von Menschen, und das wirkt wieder zurück auf die Demokratie. Mich treibt eine Frage um: Warum lassen wir zu, dass Menschen allein durch Geburt in extreme Machtpositionen kommen – wenn sie nämlich ein großes Vermögen erben? In einer Demokratie, die das zulässt, zählt in Wahrheit nicht eine Stimme pro Nase, sondern pro Euro. Dann leben wir aber gar nicht wirklich in einer Demokratie, sondern in einer feudalen Geldadel-Struktur.“⁹

Arme und von Arbeitslosigkeit betroffene Mitbürger*innen, Menschen im Niedriglohnsektor können nicht mehr den Eindruck gewinnen, dass die Politik sich für ihre Lebenswelt interessiert. Die Personengruppen werden in kaum noch für möglich gehaltener undifferenzierter Weise diffamiert (Bürgergeldempfänger sind Arbeitsverweigerer / Merz und Lindner u.a.) und werden gegeneinander ausgespielt im Blick auf die Frage ob Arbeit sich noch lohnt – angesichts des „luxuriösen Bürgergeldbezugs“. Diese Kampagne beherrscht schon Monate lang die politische Öffentlichkeit ohne dass Medien intensiv

⁹ <https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/millionaerin-marlene-engelhorn-will-ihr-vermoegen-umverteilen-aid-106547531>

► danach fragen, ob nicht der Mindestlohn zu niedrig ist. Im Gegenteil: Lindner will für drei Jahre ein Moratorium hinsichtlich der Steigerung von Sozialabgaben einführen, will den Solidaritätsbeitrag für die Reichen abschaffen und verweigert jede Frage nach höherer Belastung durch Steuern für Reiche und Vermögende. Damit bestimmt die derzeit herrschende Politik mehr als 20 % der Bevölkerung zu diffamieren, um 1% der Superreichen von der Beteiligung an den gesellschaftlichen Kosten zu verschonen.

Exemplarisch zeigt sich die Situation für den Streit um die Finanzierung des Bundeshaushalts 2024:

„... Im Streit um die Finanzierung des Bundeshaushalts 2024 legt die Bundesregierung nun eine Minimallösung vor, die man als faulen Kompromiss bezeichnen kann. Einerseits fährt die Bundesregierung einen Sparkurs, andererseits werden aber vor allem Besserverdienende steuerlich entlastet. Die Liste der vorgesehenen Kürzungen hat eine soziale Schieflage, Menschen mit wenig Einkommen werden insgesamt stärker belastet. Und Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Transformation und Bildung werden weiter ausgehöhlt. Dabei läge eine gute Lösung auf dem Tisch, wie der Staat notwendige Einnahmen für Zukunftsinvestitionen mobilisieren könnte: Indem er Hochvermögende so besteuert, wie andere Industrieländer dies auch tun. Als Hochvermögende gelten Menschen, die über ein Nettogeldvermögen von mindestens einer Million Euro verfügen. Fakt ist: Kaum ein Land in der Welt besteuert Arbeit stärker und Vermögen geringer als Deutschland. ... Betrachtet man die steuerliche Belastung von Hochvermögenden, ist Deutschland geradezu ein Niedrigsteuerland.“¹⁰

Woher soll dann am „unteren gesellschaftlichen Rand“ Vertrauen kommen?

Heute stammen gerade einmal vier Prozent der Steuereinnahmen weltweit aus Abgaben auf Vermögen. Zum Vergleich: Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Zahl der Länder, die eine Mehrwertsteuer erheben, von 50 auf mehr als 150 verdreifacht und Verbrauchssteuern stellen mit 44 Prozent den größten Anteil der Steuereinnahmen weltweit. Verbrauchssteuern verstärken Ungleichheit. Da reichere Menschen einen geringeren Anteil ihres Einkommens für den Konsum aufwenden, belastet diese Art von Steuern sie deutlich weniger als einkommensschwächere Bevölkerungsteile. Deutschland bildet hier keine Ausnahme, ganz im Gegenteil. Vermögen sind hier so ungleich verteilt (siehe Grafik 2) wie in kaum einem anderen EU-Land und werden gleich-



¹⁰Fratschers Verteilungsfragen vom 23.12.2023: [https://t.mailing.zeit.de/...](https://t.mailing.zeit.de/)

zeitig unterdurchschnittlich besteuert: Nur etwas mehr als drei Prozent aller Steuereinnahmen stammen aus Abgaben auf Vermögen. Abgesehen von Grund und Boden sowie Erbschaften werden Vermögen weder amtlich erfasst noch besteuert. Denn die Vermögenssteuer hat Deutschland 1997 ausgesetzt.“

Gesellschaft und Demokratieentwicklung

Die ökonomische Überformung der Demokratie ist das eine. Der Zuspruch für diese anspruchsvolle Regierungsform ist deutlich

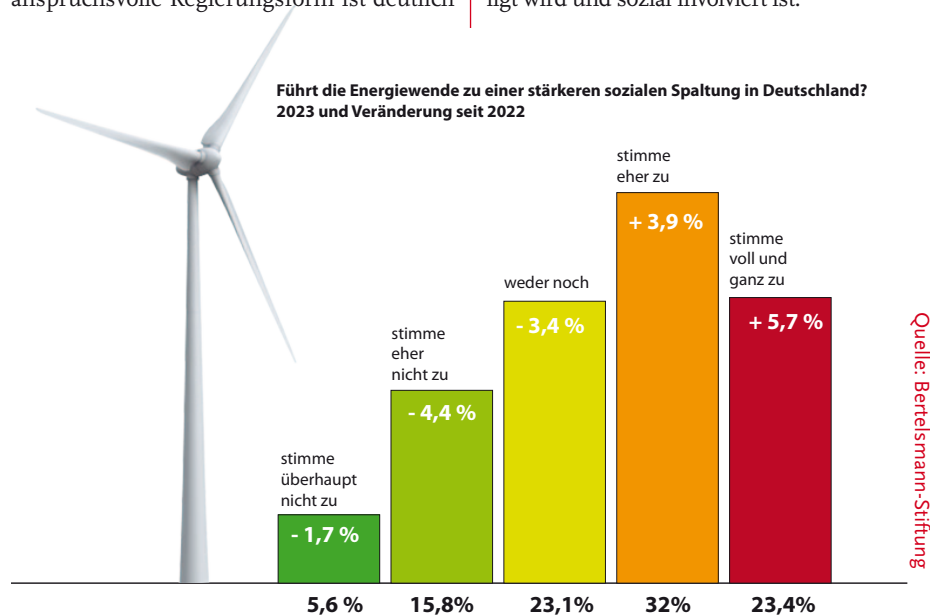
Die derzeit herrschende Politik diffamiert mehr als 20% der Bevölkerung, um 1% der Superreichen von der Beteiligung an den gesellschaftlichen Kosten zu verschonen.



Der Philosoph Jean-Pierre Willis, hat in der Folge der Corona Krise unter dem Titel „Der Große Riss“ eine Analyse unserer Gesellschaft angestellt. Ein Faktor auch hier, die Krise der Demokratie.

„Die Demokratieermüdigkeit ist allgegenwärtig.

Diese Müdigkeit hat ... gravierende wirtschaftliche Ursachen. Vor allem das Unvermögen der liberalen Demokratie, der sozialen Spaltung wirksam zu begegnen, zehrt die Anhänglichkeit aus. Weshalb sollen gerade jene Bürger sich engagieren, die sozial marginalisiert sind oder dies zu werden drohen? ... Eine Beteiligung an demokratischen Prozessen setzt darüber hinaus Vertrauen in deren Prozeduren voraus. Ein solches Vertrauen ... wächst, indem man beteiligt wird und sozial involviert ist.“¹²



auf dem absteigenden Ast. Es gibt zahlreiche gesellschaftliche und politische Brandherde, die, wie der Economist im Februar 2024 feststellte, sich in Deutschland zusätzlich im wachsenden Zuspruch zur AfD zeigen. „... Die Demokratie ist laut einer aktuellen Studie weltweit auf dem Rückzug. „Das zunehmende Auftreten gewaltsamer Konflikte hat den globalen Demokratiewert stark beeinträchtigt“, teilte die Economist Intelligence Unit (EIU) des britischen Economist-Verlags mit. ... Zwar lebt demnach fast die Hälfte der Weltbevölkerung in einer Form der Demokratie, nämlich 45,7 Prozent. Jedoch befinden sich davon nur 7,8 Prozent in einer „vollständigen Demokratie“, mit 39,4 Prozent deutlich mehr als ein Drittel unter autoritärer Herrschaft. ...“¹¹

Bei dieser Einschätzung sei exemplarisch auf die gerade seit der Einführung des Bürgergelds einsetzende kollektive Beschimpfung und Diskriminierung von Arbeitslosen und Armen hingewiesen. Diese trägt weder jahrelang bekannten Erkenntnissen Rechnung, was zur Integration Arbeitsloser erforderlich ist, noch ist sie im entferntesten eine Einladung, sich in gesellschaftlichen Prozessen einzubringen.

Zeichen des Vertrauensverlustes, der Prekarisierung der Lebensverhältnisse zeigen jenseits dieses kurzen Abrisses die Berichte aus den verschiedenen Projekten. Deren Handeln ist dann wohl der einzige – aber chronisch unterfinanzierte – Hoffnungsschimmer in diesen Kriegstagen.

■ Hermann-Josef Kronen



¹¹<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-02>

¹² Jean-Pierre Wils – Der große Riss // wie die Gesellschaft auseinanderdriftet und was wir dagegen tun müssen // Stuttgart 2022 – S. 201

Der „faule Arbeitslose“ soll bestraft werden

Die Forderung der CDU nach zur Abschaffung des Bürgergeldes befeuert die Umverteilung von unten nach oben

Wieder einmal soll zu Lasten der Armen gespart werden. CDU/CSU haben mit ihrem zynischen Vorstoß, das Bürgergeld abzuschaffen und dafür die „neue Grundsicherung“ einzuführen, eine Diskussion losgetreten, die zu weiterer Ausgrenzung und Diskriminierung ärmerer Menschen führt. Wir vom Bündnis-Brief haben daher mit Julian Strzalla (Foto) gesprochen und den Diplom-Pädagogen um seine „Sicht der Dinge“ gebeten. Der 41-Jährige ist stellvertretender Leiter des Mönchengladbacher Arbeitslosenzentrums (ALZ) und für die psycho-soziale Beratung im ALZ zuständig. Strzalla wird von Hilfesuchenden förmlich überrannt. Das Angebot für Menschen mit prekären Arbeitsverträgen wird von der Stadt MG finanziert.

Mit der Einführung des Bürgergeldes ist zunächst im Vergleich zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV) eine Veränderung des Menschenbilds, das der Staat gegenüber Arbeitslosen und Hilfebedürftigen einnimmt, verbunden. Der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder sah Faulheit als ein zentrales Problem beim Thema Arbeitslosigkeit an („Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“). Arbeitslosigkeit wurde insbesondere unter dem Aspekt des Nicht-Arbeiten-Wollens betrachtet, Arbeitslose wurden für ihre Arbeitslosigkeit individuell verantwortlich gemacht und als Drückeberger sowie Nutznießer des Sozialstaates angesehen.

Die Arbeitsmarktreflexionen unter dem Stichwort „Hartz IV“ sollten daher den Druck auf Arbeitslose erhöhen, schnell eine neue Arbeit zu finden. Das Druckmittel hierfür waren Sanktionen, die bei unzureichenden Bemühungen um eine Arbeit bis hin zum vollständigen Verlust aller Leistungen inklusive der Bedarfe für die Unterkunft und Heizung führen konnten. Arbeitslose sollten auf diesem Weg dazu gebracht werden, ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation sowie die Nachhaltigkeit der Integration in den Arbeitsmarkt möglichst schnell eine Arbeitsstelle anzunehmen. Die Jobcenter hatten die Aufgabe, Leistungsberechtigten so schnell wie möglich eine Arbeitsstelle zu vermitteln. Mit dem Bürgergeld wurde der Vorrang der Vermittlung gegenüber anderen Eingliederungsmaßnahmen abgeschafft. Bürgergeld soll neben der Sicherung des Existenzminimums nun eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Verbesserung der Arbeitsmarktchancen durch Qualifizierung und Berufsausbildung sowie durch Teilnahme an einem Integrationskurs oder durch berufsbezogene Förderung der deutschen Sprache ermöglichen. Individuelle Lebensumstände wie Alleinerziehung, Pflege von Angehörigen oder Erkrankung sollen stärker berücksichtigt werden.



Julian Strzalla ist gefragter Berater im Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach.

Neben der Abschaffung des Vermittlungsvorhangs ist zentrale Verbesserung des Bürgergeldes gegenüber dem Arbeitslosengeld II die Einführung einer Karenzzeit in Bezug auf das geschützte Vermögen sowie die Übernahme von Unterkunftskosten.

Mit der Einführung des Bürgergeldes ist zunächst im Vergleich zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV) eine Veränderung des Menschenbilds, das der Staat gegenüber Arbeitslosen und Hilfebedürftigen einnimmt, verbunden.

Im ersten Jahr des Bezugs von Bürgergeld gilt ein erhöhter Vermögensfreibetrag. Der Vermögensfreibetrag für eine leistungsbe-rechtigte Person beträgt im ersten Jahr des Bezugs von Bürgergeld 40.000 Euro, für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft 15.000 Euro. Wird Bürgergeld ein Jahr durchgehend bezogen, wird der Vermögensfreibetrag von 40.000 Euro auf 15.000 Euro verringert, für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft gilt weiterhin der Freibetrag von 15.000 Euro. Damit ist das geschützte Vermögen auch nach Ende der Karenzzeit höher als im Arbeitslosengeld II.

Auch bei der Anerkennung von Unterkunftskosten gilt eine Karenzzeit. Im ersten Jahr des Bezugs von Bürgergeld werden Unterkunftskosten in tatsächlicher Höhe anerkannt, dies gilt jedoch nicht für Heizkosten. Wird Bürgergeld ein Jahr durchgehend bezogen, erfolgt anschließend eine Prüfung der Ange-

messenhaft der Unterkunftskosten und gegebenenfalls eine Aufforderung zur Senkung der Unterkunftskosten bei unangemessener Höhe. Die Anerkennung als angemessen im ersten Jahr des Leistungsbezugs gilt auch für Eigenheime jeder Größe.

Die Karenzzeit soll dafür sorgen, dass Hilfebedürftige im ersten Jahr des Bezugs von Bürgergeld nicht mit dem Verlust eines Großteils ihres Ersparnis sowie Angst vor dem Verlust ihrer Wohnung konfrontiert sind und sich somit besser auf die Arbeitsuche konzentrieren können. Die Regelungen zur Karenzzeit haben mithin auch eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit zur Folge.

Daneben sind mit dem Bürgergeld zahlreiche andere Änderungen in das SGB II eingefügt worden. Positiv zu nennen sind u.a. Erhöhung des Freibetrags bei Erwerbstätigkeit über 520 Euro, höherer Grundfreibetrag für Erwerbseinkommen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden unter 25 Jahren, keine Anrechnung mehr von Einkommen aus Ferienjobs, Übertragbarkeit von Vermögen innerhalb der Bedarfsgemeinschaft, Anerkennung eines KFZ als geschützter Vermögenswert für jede erwerbsfähige Person in der Bedarfsgemeinschaft oder die Einführung von Weiterbildungsgeld und des inzwischen wieder gestrichenen Bürgergeldbonus.

Das Konzept einer Grundsicherung der CDU fordert mit der Abschaffung der Karenzzeit die Abschaffung einer zentralen, durch das Bürgergeld-Gesetz eingeführten Verbesserung und stellt eine Rückkehr zu dem für die Einführung des Arbeitslosengeld II prägenden Bild über faule Arbeitslose dar, die nur durch Sanktionen und Aushungern zu einer Arbeitsaufnahme bewegt werden können.

Julian Strzalla

Arbeitslosenzentrum MG e.V.

AMOS

Christliches Sozialwerk für ein gutes Leben im Kreis Heinsberg

Die AMOS eG Heinsberg (gemeinnützige Genossenschaft) hat mehrere Projektbereiche, in denen wir unterschiedlich politisch agieren. Die AMOS eG hat 20 Beschäftigte. Die meisten Mitarbeiter*innen werden über das Programm der Arbeitsgelegenheiten oder nach dem Beschäftigungsförderprogramm des Bundes in einem sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverhältnis mit einer öffentlichen Förderung von durchschnittlich 80% und 20% Eigenanteil über max. 5 Jahre, beschäftigt.

Die Arbeitsgelegenheiten sind lediglich dazu da, die Langzeitarbeitslosen an Erwerbsarbeit wieder heranzuführen. Die Beschäftigungsförderung über 5 Jahre bietet die Möglichkeit, dass langzeitarbeitslose Menschen, die auf dem Erwerbsarbeitsmarkt keine Chance mehr haben, einer sinnvollen und bezahlten Arbeit dauerhaft nachgehen können. Problem ist dabei, dass wir nur in Höhe des Mindestlohns gefördert werden, so dass viele der Beschäftigten zusätzliche Förderungen erhalten müssen. Um die eklatante Lohnspreizung ein wenig zu mildern wäre es notwendig, dass es hier eine tarifliche Entgelteinstufung gäbe. Die AMOS eG betreibt eine Lebensmitteltafel, den sogenannten AMOS-Laden, zu dem in der Spitze ca. 90 Personen an jedem der drei Ausgabetafel kommen. Für viele Menschen reicht das Bürgergeld nicht. Bei den Geflüchteten ist es noch eklatanter, da das Asylbewerberleistungsgesetz weniger als das Existenzminimum als Unterstützungsleistung vorsieht. Ab Mitte des Monats steigt die Zahl der Kundenschaft im AMOS-Laden massiv an, weil das monatliche Einkommen nicht mehr ausreicht. Im Projekt der Flüchtlingshilfe der AMOS eG ist insbesondere das Kirchenasyl ein Bereich, der sehr prekär ist. Es gibt für diese Menschen keinerlei Unterstützungsleistungen, so dass wir auf Spenden und Zuschüsse, hier seitens des Bistums Aachen und von Pfarrgemeinden, angewiesen sind. In der Begleitung von hier lebenden Geflüchteten gibt es ein vom Land NRW gefördertes Programm, welches das Ehrenamt unterstützt. Dringend notwendige Beratung wird nicht gefördert. Wenn Geflüch-

tete in Erwerbsarbeit kommen, dann sind sie zumeist im Niedriglohnsektor, in der Logistik, beschäftigt und haben kaum Möglichkeit, trotz teilweiser guter beruflicher Qualifikation, höherwertigen Tätigkeiten mit besserer Entlohnung nachzugehen. Ähnlich ist es bei den vielen Kriegsflüchtlingen die, wegen des schändlichen Angriffskrieges von Putin aus der Ukraine hierher gekommen sind. Sie haben, trotz guter schulischer und beruflicher Qualifikation kaum eine Möglichkeit einen entsprechenden Job zu bekommen. Insgesamt muss ich leider konstatieren, dass fast alle Menschen, die von der AMOS eG in



Beratung, Bildung, Begleitung oder Beschäftigung profitieren, kaum eine Chance haben dem Kreislauf von Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit mittel- bis langfristig zu entkommen. Da sich Armut leider „vererbt“, setzt sich diese Chancenlosigkeit von Generation zu Generation fort.

Im Selbsthilfenetzwerk Respekt, einer Kooperation von Betriebsseelsorge, KAB und AMOS, sind nahezu 90% der 120 osteuropäischen Live-ins (24 h-Pflegekräfte), zu denen wir Kontakt haben, ohne einen schrift-

lich gefassten Arbeitsvertrag und fehlender Arbeitsplatzbeschreibung tätig. Sie sind in der Pflege und Betreuung älterer und kranker Mitbürger*innen beschäftigt und stehen unter einem enormen Druck. Bekannt unter

Diese Menschen haben kaum eine Chance, dem Kreislauf von Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit zu entkommen.

24-Stunden-Betreuungshilfen sind diese weit unter dem Mindestlohn beschäftigt, da sie rund um die Uhr zur Verfügung stehen sollen. Die Bereitschaftsdienste werden nicht vergütet, was jeglicher gesetzlicher Arbeitszeitregelung

widerspricht. Diese Frauen sind aus Armutsgründen hier in Deutschland und sind in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen (offizielle Begrifflichkeit des Ministeriums) in Privathaushalten, wo Kontrolle schwierig ist.

Als AMOS eG versuchen wir ständig auf diesen Skandal der ungerechten Verteilung und der Schwierigkeiten der Menschen, mit denen wir zu tun haben, aufmerksam zu machen. Es ist ein Skandal, dass in einem reichen Land wie Deutschland so viel Armut ist und dass immer weniger Menschen immer reicher werden und immer mehr Menschen arm gemacht werden. Als AMOS eG weisen wir immer wieder darauf hin, dass die neoliberale Bremser- und Klientelpolitik die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland weiter zementiert. Wir verstehen uns als eine beteiligungsorientierte Genossenschaft, mit unseren Projekten gegen Armut und Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der Prinzipien von Subsidiarität, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Daher fordern wir politische Rahmenbedingungen, die einen Lastenausgleich fördern. Die Stärkeren müssen mehr erbringen zu Gunsten der Schwächeren. So wird ermöglicht, dass arme und arbeitslose Menschen, Arbeitsmigranten und Geflüchtete in ihrer Existenz gesichert bei uns leben können. Dem sozialkritischen biblischen Propheten Amos fühlen wir uns verpflichtet, der das ausschweifende Leben auf Kosten der Armen als nicht gottgefällig kritisierte.

■ Johannes Eschweiler, Vorstand AMOS eG

Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit vor Ort Sozialbündnisse in Krefeld und Mönchengladbach

In den benachbarten niederrheinischen Großstädten mit langer Textilgeschichte und heute großen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Problemen sind breit aufgestellte kommunale Bündnisse aktiv.

Arbeitslosenzentren, DGB und verschiedene Einzelgewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und zivile Initiativen organisieren sich im Sozialbündnis Krefeld und im Bündnis Sozi-

ale Gerechtigkeit Mönchengladbach. Wegen der vergleichbaren Problemfelder in beiden Kommunen gab und gibt es auch ähnliche Schwerpunkte wie vor allem viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum – bei gleichzeitigem Leerstand – und steigende Wohnungslosigkeit. Es wurden Politiker*innengespräche, Eingaben an die Stadt und Aktionen mit großem Engagement durchgeführt. Immer gilt

es, den Blick „von unten“ auf die Verhältnisse der Stadtgesellschaft beizubehalten! Dabei müssen „sehr dicke Bretter gebohrt“ werden, aber es lohnt sich: mehr Bürger*innen erfahren etwas darüber, was in ihrer Stadt in Sachen Armut und Ungerechtigkeit los ist und hier und da bewegt sich tatsächlich auch was in der Stadtpolitik.

Wolfgang Fels ■

Hass spricht

Sie war nie weg: die sogenannte Faulheitsdebatte. Sie ist seit Mitte der 1970er-Jahre mal mehr oder weniger virulent. Immer mit dem Ziel, erwerbslose Menschen zu diskriminieren und zu beschämen.

Erwerbslose werden z.B. als „Drückeberger“ oder „Faulenzer“ bezeichnet. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach vom „kollektiven Freizeitpark Deutschland“. Sein Nachfolger Helmut Schmidt formulierte „es gibt kein Recht auf Faulheit“ und der ehemalige Bundesarbeitsminister Clement stellte Erwerbslose in die Nähe von parasitären Organismen. Und Vizekanzler Westerwelle sprach vor dem Hintergrund von Hartz IV 2010 vom „leistungslosen Wohlstand“. Und gegenwärtig wird auch die Erhöhung der Regelbedarfe, die Anfang 2024 umgesetzt wurde, dazu benutzt, gegen Erwerbslose zu hetzen. Da wird mit Fake-Informationen behauptet, Arbeiten würde sich nicht mehr lohnen und es wird krätzig nach unten getreten von denjenigen, die eine Politik für Reiche betreiben.

Woher kommt der Hass und die Wut auf Erwerbslose? Ist es Neid auf die Erhöhung



der Regelbedarfe, die schon trotz der Erhöhung ausreichend sind,

Oder ist es Neid darauf, dass Erwerbslose in langen Schlangen vor den Tafeln stehen dürfen, damit sie mit Hilfe abgelaufener Lebensmittel ihre Familien und sich selber durchbringen können?

Oder ist es eher ein Menschenbild, das nach der Verwertbarkeit des Menschen fragt und alle, die aus welchen Gründen auch immer auf sozialstaatliche Unterstützung und Hilfe angewiesen sind, als „Überflüssige“ ansieht? Wer nicht produktiv ist im Sinne einer kapitalistischen

jetzt –
– nicht

Verwertungsmaschinarie, darf auch nicht essen? Hat kein Recht auf ein sozialstaatliches Existenzminimum?

Wie weit dieser verwahrloste und menschenverachtende Diskurs in die Mitte der Gesellschaft gerückt ist, zeigt nicht zuletzt die Negativ-Auszeichnung der Jury des „Oper! Award“ für die Stadt Krefeld. Diese Opern-Jury bezeichnete jene suchtkranken Menschen, die sich regelmäßig am Theater-Platz in Krefeld aufhielten in seiner offiziellen Stellungnahme als „sozial produzierten Menschenmüll“.

Sprache kann töten. Sprache beschämt. Sprache ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Zustands. Sprache produziert Hass.

Halten wir dagegen. Lasst uns Sprachrohr für die Ausgegrenzten sein. Lasst uns mit ihnen gemeinsam deutlich machen: Alle sind wir Menschen, Kinder von Müttern und Vätern, mit unterschiedlichen Biographien, unterschiedlichen Schicksalsschlägen und mit den gleichen sozialen Rechten ausgestattet, wie auch alle anderen.

■ Hans-Peter Sokoll,
Ökumenisches
Arbeitslosenzentrum
Krefeld-Meerbusch e.V.



Kürzungen im Sozialbereich zur Aufrüstung der Kriegskasse

Traurige Realität hinter dem Hauptbahnhof Mönchengladbach: Vor einer Suppenanstalt versammeln sich Rentner, Arbeitslose, Flüchtlinge und Obdachlose, sie alle sind von Armut betroffen.

Herbert, ein ehemaliger Obdachloser, steht geduldig in der „Hungerschlange“, er hat endlich eine Wohnung gefunden. Doch die Armut schreit ihn an, gestern hat das Jobcenter seinen Antrag auf Erstausrüstung für die Wohnung zurückgewiesen. Er ist geschockt, er wird weiter jede Nacht auf dem harten Boden in seiner kahlen und leeren Wohnung liegen.

Inmitten der Konflikte in der Ukraine und im Gaza-Streifen wird nun vieles nach den Maßstäben von Wettbewerbsfähigkeit und Überlebensrecht bewertet. In einer Zeit wie dieser können wir uns das sogenannte Bürgergeld nicht mehr leisten, sagt der Oppositionsführer der CDU, Friedrich Merz. Im Stadium der „Kriegstüchtigkeit“ besiegt der Stärkere den Schwächeren und stillschweigend wird unsere Gesellschaft militarisiert. Mit der Zeitenwende kam auch der Angriff auf den Sozialstaat und seine Errungenschaften. In Zeiten der Aufrüstung neigt die Politik dazu, Sündenböcke für das Haushaltsloch zu suchen, das Bedürfnis nach Schuldzuweisungen ist virulent. „Kein Geld fürs Nichtstun“ ist der Schlachtruf des Finanzministers, seinen Anhängern gefällt der Krieg gegen die Armen und in der liberalen Wählerschaft verfängt die Rhetorik gegen die Bürgergeldempfänger, die angeblich in der „sozialen Hängematte“, liegen.

Der unbrauchbare Teil der Bevölkerung wird

nun ausgeschlossen und ohne Perspektiven zurückgelassen: arbeitslos, hoffnungslos und ohne Ausweg. Um ihre Existenz zu sichern, sind Bedürftige auf Sozialleistungen angewiesen. In öffentlichen Reden wird ihnen von einigen Spitzenpolitikern fälschlicherweise unterstellt, dass sie Geld fürs Nichtstun erhalten. Doch Sozialleistungen werden gewährt, um die Existenz zu sichern.

In einer humanen und demokratischen Gesellschaft sollte es nicht akzeptabel sein, dass die Kosten für Aufrüstung von den Ärmsten getragen werden müssen und sie Opfer des Sozialabbaus werden. Denn viele Bürgergeldbezieher stehen vor der Herausforderung, ihre Stromrechnung zu bezahlen und sind darauf angewiesen, sich bei der Tafel mit Lebensmitteln zu versorgen, um über die Runden zu kommen. Die Ampel-Regierung setzt aktuell Maßnahmen um, die den Sozialabbau vorantreiben und somit die ohnehin schon benachteiligten Armen weiter in die Armut und Obdachlosigkeit drängen. Eine demokratische Gesellschaft sollte nicht zulassen, dass der Zeitgeist sie abstumpft und sie emotionslos macht gegenüber den Obdachlosen, die vor der Tür liegen. Jeder sieht es: die Armut breitet sich unaufhaltsam aus, wie ein Krebsgeschwür, das den Körper langsam aber sicher zerstört. Doch anstatt den Menschen zu helfen und sie zu unterstützen, wird der Sozialabbau weitergetrieben. Statt die Ursachen für Armut anzugehen und Menschen eine Perspektive zu bieten, werden Sozialleistungen gekürzt und Hilfsprogramme gestrichen.

Es ist verheerend, dass die Regierung Maß-

nahmen wie den Entzug von Bürgergeld oder die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende als Sanktionen zur Abschreckung lancieren möchte.

Experten und Politiker diskutieren derzeit auch über die Möglichkeit eines Sozial-Moratoriums. Die „Mobilmachung“ des Sozialstaats erweckt den Eindruck, dass sich unsere Gesellschaft im „Kalten Krieg“ mit den Ärmsten und Schwächsten, mit den Arbeitslosen und Flüchtlingen befindet.

Der Sozialabbau bedeutet, dass die Invaliden, Schwachen, Armen und Arbeitslosen einfach aussortiert werden, wie Müll. Der geplante Sozialabbau ist nicht der versprochene Schlussstrich unter die umstrittene Agenda 2010.

Das Wahlversprechen des Bundeskanzlers, mehr „Respekt“ für die Bürgerinnen und Bürger zu zeigen, wird der Haushaltssanierung und der Aufrüstung der Kriegskasse geopfert. Müssen wir uns daran gewöhnen, dass die Ampel-Regierung den Sozialstaat zerlegt und Zuschüsse an die Sozialkassen kürzt oder ganz streicht? Nein, das sollten wir nicht!

Dieser Sozialabbau darf keine Option sein, um die Haushaltslücken im Bundeshaushalt zu stopfen. Eine gerechtere und eine mitfühlende Gesellschaft können wir nicht durch Sozialabbau entwickeln, sondern nur durch eine Stärkung des sozialen Netzes und eine solidarische Gemeinschaft. Es sollte selbstverständlich sein, dass diejenigen, die über mehr Ressourcen verfügen, auch einen größeren Beitrag leisten. Dadurch kann vermieden werden, dass an den falschen Stellen gespart wird.

■ Thomas Wasilewski

Zunahme der Zahl wohnungsloser Menschen in Mönchengladbach

Die Zahlen der Zentralen Beratungsstelle für wohnungslose Menschen des Diakonischen Werkes MG

Menschen, die über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen, gelten als **wohnungslos**. Menschen, die im öffentlichen Raum wie Parks, Kellern, Hauseingängen nächtigen, werden als **obdachlos** bezeichnet.

Die Lebenssituationen Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit, auch Bedrohung von Wohnungslosigkeit verbindet die existierende Wohnungsnot. Wohnungslosigkeit ist eng verbunden mit gravierender Armut und sozialer Ausgrenzung und ist mit einem menschenwürdigen Dasein nicht vereinbar.

Wohnungslosigkeit wird auch als die extremste Form der Armut bezeichnet. Die Lebenswelt wohnungsloser Menschen ist geprägt durch Mangel. Mangel z.B. an geeignetem, günstigem Wohnraum, an tragfähigen sozialen Beziehungen, an Rückzugsraum und Intimität und sozialer Teilhabe.

Wohnungslose Menschen sind nicht nur aus dem Wohnungsmarkt ausgegrenzt, sondern auch aus anderen existenziellen Lebensbereichen wie Erwerbsarbeit, Kultur, Bildung, medizinische Versorgung. Oftmals können sie



selbst ihre Rechte auf Transferleistungen nicht realisieren, leben sozial sehr isoliert und erfahren Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum.

Die mangelnde Wohnraumversorgung führt zu einer andauernden Wohnungslosigkeit und einem längeren Aufenthalt in krankmachenden Verhältnissen. Durch die angespannte Wohnungsmarktlage bleiben Menschen deutlich länger wohnungslos, d.h. sie bleiben länger in der Notunterkunft oder müssen über einen längeren Zeitraum bei Freunden und Bekannten unterkommen oder nächtigen draußen.

Die Zentrale Beratungsstelle des Diakonischen Werkes Mönchengladbach bietet wohnungslosen Menschen Hilfe und Unterstützungsmöglichkeiten an. Dazu zählen Hilfe- und Unterstützungsangebote: Einzelberatung, persönliche Betreuung, Hilfe bei der Wohnungssuche und Erhalt einer Wohnung, Vermittlung in Notunterbringungen, Klärung finanzieller Ansprü-

che, Unterstützung bei behördlicher Angelegenheiten und vieles mehr.

■ B. Bloshak, Wohnungslosenhilfe der Diakonie Mönchengladbach

INFO

Die Zentrale Beratungsstelle für wohnungslose Männer ist 2023 von insgesamt 803 Hilfesuchenden aufgesucht worden, davon waren 559 Männer ohne eigene Wohnung.

Die Zentrale Beratungsstelle für wohnungslose Frauen ist 2023 von insgesamt 352 Hilfesuchenden aufgesucht worden, davon waren 180 Frauen ohne eigene Wohnung.

Im Jahr 2023 haben insgesamt 1156 Männer und Frauen die Beratungsstelle aufgesucht, davon waren 739 Personen ohne eigene Wohnung.

Im Jahr 2022 haben insgesamt 1038 Männer und Frauen die Beratungsstelle aufgesucht, davon waren 656 Personen ohne eigene Wohnung.

Im Jahr 2021 haben insgesamt 911 Männer und Frauen die Beratungsstelle aufgesucht, davon waren 584 Personen ohne eigene Wohnung.

Volkverein startet mit angespannter finanzieller Situation ins Jahr

Schwierig wird das Jahr 2024 für den Volkverein. Das ist jetzt schon abzusehen. Und das liegt nicht nur an den fachlichen Herausforderungen, die die Themen Armut und Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Das liegt insbesondere an der äußerst schwierigen finanziellen Situation.

Einige Dinge kommen hier zusammen:

1. Deutliche Verringerungen der öffentlichen Förderung: Durch das „Sparpaket“ der Bundesregierung stehen geringere finanziellen Mittel für die Förderung von Menschen zur Verfügung. Wurde bisher noch die Arbeitsanleitung sowie die sozialpädagogische Begleitung so unterstützt, dass diese gut durchgeführt werden konnte (ein Einsatz von Eigenmitteln war immer schon erforderlich), ist die neue Förderphase deutlich unterfinanziert. Dies betrifft im Volkverein 68 der insgesamt 160 Beschäftigungsplätze. (Die anderen Beschäftigungsplätze erhalten eh schon keine öffentliche Förderung für die Begleitung der Menschen).

2. Durch den hohen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst im Jahr 2023 steigen die Personalkosten im Volkverein im Zeitraum 2022 bis 2024 um bis zu 15%.

3. Ein drastischer Rückgang bei den Geldspenden: Im Jahr 2022 kam der Volkverein noch auf Spendenerlöse in Höhe von gut 390.000 Euro. Im Jahr 2023 kamen nur noch knapp 310.000 Euro zusammen.

Der Spendenrückgang hat sicherlich viele Ursachen. So wie der Volkverein haben auch etliche andere lokale Organisationen damit zu kämpfen. Angesichts globaler humanitärer

Katastrophen, der zuletzt hohen Inflation sowie des demographischen Wandels ist diese Entwicklung nachvollziehbar.

Nach Angaben des Deutschen Spendenrates wurden im letzten Jahr insgesamt 700 Mio. Euro weniger gespendet, das entspricht rund 12 Prozent des gesamten Spendenvolumens. Schaut man genauer hin, so lässt sich ebenfalls erkennen, dass manche Spendenzwecke beliebter sind als viele andere. Laut des deutschen Spendenmonitors sind besonders die Kinder und Jugendhilfe, die Sofort- und Nothilfe (Kriegs- und Katastrophengebiete), der Tierschutz, die Behindertenhilfe und der Umweltschutz beliebte Spendenzwecke.

Kurzfristig bedeutet das für den Volkverein, die Pläne für den Ausbau der Beschäftigungsangebote vorerst zu stoppen. Dies betrifft insbesondere das geplante Projekt für alleinerziehende Eltern. Ziel sollte es sein, durch flexible Arbeitszeiten die Kindererziehung und die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme zu ermöglichen. Als Aufgabengebiet wurde die Vermarktung von Secondhand Waren über digitale Märkte anvisiert, damit die aktuellen Bemühungen in dieser Richtung (Ebay) weiter ausgebaut und intensiviert werden könnten. Da hierzu Investitionen sowie der Einsatz einer weiteren hauptamtlichen Fachkraft nötig wären, lässt sich das Projekt zum aktuellen Zeitpunkt nicht umsetzen.

Langfristig könnte die angespannte finanzielle Lage bedeuten, dass das besondere Extra im



Volkverein gefährdet ist. In der Arbeit mit der sozialen Zielgruppe war es dem Volkverein immer ein Anliegen, mehr als nur das Nötigste zu tun, einen Schritt weiterzugehen, als es viele andere tun. So wurden neben der Beschäftigung besonders auch die Bereiche Begegnung, Bildung und Beratung gestärkt. Hier wurde stets

mehr geleistet, als durch die öffentliche Hand finanziert wird: das Arbeitslosenfrühstück, ein Teil der Bildungsangebote, die Beratungsarbeit und viele Möglichkeiten der Begegnung für und mit Langzeitarbeitslosen ist nur möglich, weil der Volkverein große Unterstützung durch Spenderinnen und Spender erfährt.

Von dieser schwierigen Herausforderung will der Volkverein sich nicht unterkriegen lassen. Realität ist es, dass die Spendensituation sich angespannt hat. Realität ist es auch, dass es wichtige und zielführende Angebote im Volkverein gibt, die durch die öffentliche Hand nicht auskömmlich finanziert sind. Dennoch bleibt der Blick nach vorn gerichtet und das Vertrauen in die Unterstützerinnen und Unterstützer ungebrochen.

Daher bittet der Volkverein um weitere Unterstützung seiner Arbeit. Denn jetzt geht es auch um die Fortführung des Erbes von Pfarrer Edmund Erlemann (Eddi). Eddi hat diese Idee gesät. Die Idee, dass Teilen reich macht. Die Idee, dass alle Menschen es wert sind, nicht aufgegeben zu werden, sondern durch tätige Nächstenliebe erreichbar sind.

■ Matthias Merbecks

AHA 100 – Sozialprojekte der Gemeinde Christus unser Bruder, Aachen-Nord

Sozialkaufhaus Möbellager und HL's Kleiderstübchen



Mehr als ein Kaufhaus: Möbel, Kleider und vor allem Begegnung ohne Schwellenangst

Das Sozialkaufhaus AHA 100 ist ein Betrieb des gemeinnützigen Vereins. AHA 100 hat seinen Namen vom traditionellen Standort Alt-Haarener Str. 100 in Aachen-Haaren. Im Laufe der Jahrzehnte des Bestehens sind etliche Standorte entlang der Alt-Haarener-Str. dazu gekommen. Auch der Verein Sozialprojekte Aachen-Nord e.V. hat sich nach den letzten Umstrukturierungen im Bistum Aachen aufgrund der pfarrlichen Nähe verändert.

Neben der Beschäftigung von ehemals langzeitarbeitslosen und noch arbeitslosen Menschen, besteht die Möglichkeit zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Möbellager, im Sozialkaufhaus und im Kleiderstübchen.

Diese Möglichkeit der Betätigung erzeugt den Effekt der Strukturierung des Alltags, verbessert die sozialen Kontakte, unterstützt den Aufbau des Selbstwertgefühls und stabilisiert die Gesundheit. Der geregelte Tagesablauf führt zu einer verbesserten Basis bezüglich der weiteren Perspektiventwicklung für die Menschen. Dies betrifft nicht in erster Linie eine finanzielle Absicherung, sondern auch eine Neuorientierung der Lebensqualität und –perspektive außerhalb der Erwerbsarbeit.

Durch die Arbeit für und mit Flüchtlingen erschließen sich immer wieder neue Betätigungsfelder, wie die vermehrte Annahme von Spenden und die Abgabe der gespendeten Kleider, Möbel, Hausratsgegenstände, Kinderspielzeug usw. für diesen Personenkreis. Viele dieser geflüchteten Menschen sind in ihrem Anerkennungsverfahren mittlerweile so weit, dass sie eigene Wohnungen erhalten und über die Jobcenter oder die Sozialämter der Städteregion die Möglichkeit erhalten, in unserem

Möbellager nach entsprechenden Einrichtungsgegenständen zu schauen und diese zu erhalten. Wir freuen uns sehr, dass weiterhin einige Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler aus dem Pfarrbezug, die mittlerweile so vielfältig gewordene Arbeit unterstützen.

In den Räumen haben auch Angebote der KAB (Kath. Arbeitnehmerbewegung) der Diözese Aachen e.V. Platz gefunden. Es sind die Anlaufstellen für arbeitslose Menschen in der Städteregion Aachen und der Stammtisch für bürgergeldbeziehende Selbständige. Sie können neben allen Ratsuchenden der Region auch auf kurzem Wege von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Kundinnen und Kunden von AHA 100 wahrgenommen werden. Insgesamt betrachtet handelt es sich auf der Alt-Haarener-Straße in Aachen um ein Begegnungszentrum für benachteiligte Menschen, das in sich mehrere Zwecke und Ziele vereint:

Für viele Menschen mit geringem Einkommen bietet das Sozialkaufhaus den günstigen Erwerb von Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgegenständen und Kleidung an. Bezahlbare Transportmöglichkeiten sind durch unseren LKW gegeben.

Durch vielfältige offene Angebote und Aktionen hat sich AHA 100 auch als Stadtteilzentrum entwickelt, das im Stadtteil Aachen-Haaren eine hohe Anerkennung genießt.

Unser Projekt bietet Langzeitarbeitslosen im SGB II-Bezug auch wieder die Möglichkeit der Tätigkeit nach § 16 SGB II „Arbeitsgelegenheiten“. Dadurch wird für einen Teil der Betroffenen innerhalb der schwierigen Rahmenbedingungen eine sinnvolle Ausrichtung und Perspektive ermöglicht. Der Arbeitsansatz in „AHA 100“ wird auch weiterhin in der Kombination von Begegnungs- und Betätigungsmöglichkeiten bestehen. Diese Kombination aus Begegnung und Beschäftigung wird immer wichtiger.

Da das Angebot des Sozialkaufhauses nicht nur auf Bürgergeldbeziehende reduziert ist, ist es auch eine Einrichtung zur Unterstützung einer Kreislaufwirtschaft und der gemeinwohlorientierten Ökonomie. Dies nochmals verstärkt durch die Upcycling-Werkstatt, in der gebrauchte Möbel auf- und umgearbeitet werden.

AHA 100 ist ein **gemeinwohlorientierter Betrieb**, der vielen Menschen einen Arbeitsplatz, ein sinnstiftendes Arbeitsfeld und ein soziales Miteinander bietet.

Als Personal arbeiten im Möbellager, Sozialkaufhaus und HL's Kleiderstübchen Aa-Nord:

eine hauptamtliche Verkaufs- und Verwaltungsmitarbeiterin unbefristet

ein hauptamtlicher Mitarbeiter als Leiter des Möbellagers unbefristet

ein hauptamtlicher Mitarbeiter zur Unterstützung der Geschäftsleitung unbefristet

ein LKW-Fahrer für kostenlose Abholung und Auslieferung von Möbeln

zwei Mitarbeiterinnen auf geringfügiger Basis unbefristet

ca. fünfzehn ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

sowie ständig bis zu neun Maßnahmeteilnehmer*innen, die über das Jobcenter hier tätig sind.

Über die Pressestelle des Bistums Aachen wurde in 2013 ein kleiner Film gedreht, der sehr anschaulich die Tätigkeiten und das Klima bei AHA100 und unsere Verbindung zur Kirche wiedergibt.

Als gemeinnützige Einrichtung der Sozialprojekte der Gemeinde Christus unser Bruder Aachen-Nord e.V. sind wir abhängig von staatlichen Fördergeldern, der Unterstützung durch die katholische Kirche und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung. Nur dadurch kann ein Angebot aufrechterhalten werden, das im Gemeinwesen mit Produkten und Dienstleistungen präsent ist und damit auch eigene Erlöse erwirtschaften kann.

Alle drei Säulen der finanziellen und ideellen Unterstützung sind fragil und benötigen die ständige öffentliche Darstellung der wertvollen Arbeit besonders für die strukturell und materiell benachteiligten Menschen in unserer Region. ▶



Upcycling-Möbel im AHA-Shop

► Dem Staat und den politisch Verantwortlichen wird bei der Sicherstellung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland eine zentrale Rolle zugesprochen. Sie sind vom Grundgesetz in Artikel 20 Absatz 1 dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen können. Der weiterhin geführte russische Angriff auf die Ukraine und die kurz darauf von der Bundesregierung ausgerufene *Zeitenwende* haben den wohl größten Militarisierungsschub der letzten Jahrzehnte ausgelöst. Eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen sich, hin zu noch mehr Waffen, noch mehr Rüstung, noch mehr Militär. „Während – inflationsbereinigt – die Gesamtinvestitionen um 67 Prozent zunahm, steigerte die Regierung die Ausgaben für Rüstungsgüter um 184 Prozent. Bemerkenswert ist zudem, dass die Militärausgaben pro Kopf in Deutschland (581 Euro) nicht nur höher liegen als die Italiens (436 Euro) und Spaniens (317 Euro), sondern sogar über dem Durchschnitt der europäischen NATO-Staaten (508 Euro)“. (Arming Europe – Deutschland, Italien, Spanien – Greenpeace November 2023)



Wöchentliches Frühstück mit Herz

Die erhöhte Streik- und Demonstrationsbereitschaft vieler Einzelgewerkschaften, Sozialverbände und Teilen der Bevölkerung gibt Hoffnung, dass der mit der Militarisierung von Gesellschaft und Politik einhergehende Sozialabbau erkannt und nicht widerstandslos hingenommen wird. Wir sollten durch Bündnisse und Netzwerke mit dazu beitragen, dass dies kein Strohfeuer bleibt. Umfassender Frieden wird nicht durch eine möglichst hohe Aufrüstung erreicht, sondern dadurch, dass die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse für alle gesichert ist. Ohne die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen nach sozialer Absicherung, einer intakten Umwelt, Bildung und Gesundheit kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Die ausreichende staatliche Finanzierung der Daseinsvorsorge (Güter und Dienstleistungen, die dem Gemeinwohl und der Lebensentfaltung der Menschen dienen) muss daher Priorität politischer Entscheidungen und Handlungen erlangen. **Wolfgang Cohnen, Karin Linzenich** Sozialprojekte der Gemeinde Christus unser Bruder Aachen-Nord e.V.

Mehr Wissen gegen Ohnmacht

Bürgergeld: Nach unten treten, ganz billig



Jetzt dreht Jens Spahn voll am Rad – der Populismus wird immer absurder: Spahn will Verfassungsänderung für Sanktionen bei Bürgergeld

www.sueddeutsche.de/politik

Jeden Tag gehen dem deutschen Staat fast 14 Millionen Euro an Steuergeldern verloren, weil Superreiche kaum oder gar keine Steuern auf Millionenbeziehungsweise Milliardenersparnissen zahlen. Wir haben uns zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis zusammengeschlossen, um zu verdeutlichen, welche Kosten für die Allgemeinheit aus dieser Ungerechtigkeit entstehen. Dazu haben wir eine drei Meter hohe Installation in Form einer Uhr enthüllt, die hochzählt, wie viel Geld dem Fiskus jedes Jahr verloren geht: eine Erbschaftsteueruhr.



www.finanzwende.de/kampagnen

Michael Hartmann:

Eliten – Geschlossene Gesellschaft



Der deutsche Soziologe Michael Hartmann über Eliten und die Unzufriedenheit der Menschen

www.youtube.com

Michael Hartmann:

Die Eliten und der Aufstieg des Rechtspopulismus

Der enorme Aufschwung des Rechtspopulismus in vielen westlichen Ländern hat eine entscheidende Ursache, die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft. Hauptverantwortlich dafür ist die



Politik der zentralen Eliten, die durch zahlreiche Entscheidungen die Wohlhabenden und Reichen begünstigt haben.

www.youtube.com

Die Debatte ums Bürgergeld wird immer schärfer.

Kritiker behaupten, es sei viel zu hoch, viele Menschen würden deshalb keine Arbeit aufnehmen. Aktuelle Arbeitsmarkt-Daten stützen das nicht. Die Regierung verspricht gleichwohl, durch Sanktionen gegen Job-Verweigerer 170 Millionen Euro einzusparen. Für Kritiker völlig unrealistische Zahlen, die erneut das Klischee der faulen Bürgergeld-Beziehenden bedienen.



www1.wdr.de/daserste/monitor

Pisa als gesellschaftliche Komponente zur Stabilisierung der Ungleichheit



www.deutschlandfunk.de

Die unsichtbare Gefährdung der Demokratie

Wer Verteilungsgerechtigkeit anstrebt, muss entschlossen gegen Überreichtum vorgehen. Das haben mittlerweile sogar manche Millionärinnen wie Marlene Engelhorn verstanden.



www.zeit.de

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und die dort zugrunde gelegte Forschung hat gerade im Bereich der Superreichen eine wesentliche Lücke: Die verwendeten Indikatoren differenzieren zu wenig zwischen wohlhabenden und superreichen Menschen und sie stützen sich bei den sehr hohen Einkommen und Vermögen auf



nicht repräsentative Haushaltsbefragungen und zu journalistischen Zwecken erstellte Reichenlisten – Studie der Hans-Böckler Stiftung:

www.boeckler.de

Wie problematisch ist der Sozialstaat?

Zu teuer, ineffektiv, zu viel Missbrauch: Auch progressive Kräfte attackieren zunehmend die Sozialpolitik. Doch der Sozialstaat ist für die Demokratie elementar. Eine Kolumne von Marcel Fratzscher.



t.mailing.zeit.de

Schuldenbremse



www.br.de

t.mailing.zeit.de

„Die Anstalt“ im ZDF zur Schuldenbremse



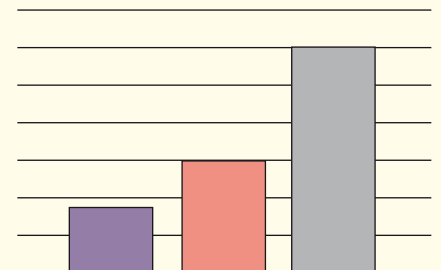
www.zdf.de/comedy

Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes



www.der-paritaetische.de

Wann Deutsche es für sozial gerecht halten, dass Menschen Geld bekommen, ohne dafür zu arbeiten



- Wenn sie aus einem Krieg geflüchtet sind.
- Wenn sie kleine Kinder betreuen.
- Wenn sie es erben.

Armut? Abschaffen!

Mit bösartigen Erzählungen wird Armut bewusst geschaffen und verfestigt

Seit Jahren kritisieren die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die wachsende Armut in Deutschland. Der Paritätische Wohlfahrtsverband veröffentlicht jährlich Berichte über die wachsende Armut. Er kritisierte die Bundesregierungen seit Jahren dafür, dass sie die Regelsätze im Bürgergeld und in der Grundsicherung zu niedrig bemessen. Wer auf staatliche Hilfen angewiesen ist, lebt dadurch in Armut.

Aber was ist eigentlich Armut? Soziologisch wird Armut als Gewaltverhältnis beschrieben, bei dem die Betroffenen vom normalen Lebensstandard ausgeschlossen sind.

Von **absoluter Armut** spricht man, wenn die körperlichen Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können – also Nahrung, Kleidung, Wohnung oder medizinische Versorgung. Wie viele Menschen in Deutschland davon betroffen sind, ist schwer zu erfassen. Es handelt sich um Menschen, die aus welchen Gründen auch immer keinen Zugang zu den staatlichen Hilfen finden – beispielsweise wohnungslose Menschen. Zwischen 200.000 bis 800.000 Menschen fehlt es in Deutschland am Allernötigsten.

Die **relative Armut** lässt sich im Gegensatz dazu exakt ermitteln. Die Daten werden vom statistischen Bundesamt erhoben. Arm ist demnach eine Person, deren Einkommen unter 60 % des mittleren Einkommens liegt. Wer weniger hat, ist von den als normal geltenden Aktivitäten ausgeschlossen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fasst diese Daten in seinen Armutsberichten zusammen und stellt fest, wer besonders von Armut betroffen ist.

Leider müssen wir feststellen, dass die Armut in Deutschland bei allen statistischen Schwankungen über die Jahre angewachsen ist. Der letzte Armutsbericht des Paritätischen vom März 2024 beschreibt, dass die Armutsquote in Deutschland 16,8 % beträgt; das sind 14,2 Millionen Menschen. Von Kinderarmut sind bundesweit 21,8 % aller Kinder betroffen. Die Armutsquote von Alleinerziehenden liegt bei 43,2 %, die von Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern bei 32,1 %. Ebenso sind Menschen mit Migrationshintergrund (28,1 %) und ausländischer Staatsangehörigkeit (35,3 %) überdurchschnittlich von Armut betroffen. Bis 2013 hatten Rentner*innen kein höheres Armutsrisiko als der Rest der Bevölkerung. Die Armut unter Rentner*innen beträgt inzwischen 18,1 %. Allerdings ist die Altersarmut

nach den Geschlechtern ungleich verteilt. Die Armutsquote von Frauen dieser Altersgruppe beträgt 19,4 % – bei den Männern unterdurchschnittliche 15,1 %. Altersarmut ist damit überwiegend weiblich.

Das Ruhrgebiet als bevölkerungsreichste Region Deutschlands ist statistisch betrachtet die armutspolitische Problemregion Nummer 1. Dort leben 22,1 % der Menschen in Armut. Aber auch rheinische Industriestädte wie Mönchengladbach oder Krefeld stehen dem Ruhrgebiet in Sachen Armut in Nichts nach. Besonders dramatisch wird die Analyse, wenn wir uns das Problem kleinräumig ansehen. Je nach Stadtteil lebt bei uns bis zu jedes zweite Kind in Armut.

Bei aller Statistik: Jeder Mensch in Armut ist einer zu viel. Für ein betroffenes Kind, ist es egal, ob die Quote der Kinderarmut 10% oder 50% beträgt. Es ist von alltäglichen Dingen ausgeschlossen. Es hat im Zweifelsfall kein Geld für den Bus, fürs Kino, für Turnschuhe oder ein Fahrrad. Bei der Fahrradprüfung der Grundschule sitzt es mit den anderen armen Kindern, die auch kein Fahrrad haben, auf der Bank und darf zusehen. Wir können auch andere Beispiele nehmen. Das Gefühl ist immer das Gleiche. Armut grenzt aus. Armut ist mit Scham behaftet und dem Gefühl nicht dazugehörig. Der Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe ist schmerzhaft. Sie macht traurig oder auch wütend. Dass auch relative Armut massive Auswirkungen auf die Gesundheit hat, ist statistisch nachweisbar.

Armut macht krank. Der negative Effekt zeigt sich bei fast allen Krankheitsbildern. Die Hintergründe sind vielschichtig. Körperlich harte Arbeit ist oft niedriger bezahlt, führt aber zu mehr Erkrankungen. Aber auch, wer erkrankt, hat ein hohes Risiko in Armut abzurutschen. Schwere Erkrankung oder Behinderungen machen arm. Arme Frauen sterben vier, arme Männer sechs Jahre früher als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Leider ist es derzeit wieder modern gegen arme Menschen zu hetzen. Armen Menschen wird die Schuld an ihrer Misere zugeschoben. Mit Lügen, wie der, dass das Bürgergeld höher sei, als das Einkommen von Geringverdiener*innen und Rentner*innen (was nur stimmt, wenn sie ihre gesetzlichen Ansprüche nicht umsetzen), werden zu niedrige Sätze beschlossen und Stimmung gemacht. Es mündet in der Forderung nach Bezahlkarten für Geflüchtete und Bürgergeld-



Empfänger*innen. Die Erzählungen sind boshaft. Alleinerziehende arbeiten nicht zu wenig. Sie sind nicht faul. Die Erwerbsquote von alleinerziehenden Müttern ist höher als die von verheirateten. Was will man den Alleinerziehenden mit solchen Lügen vorwerfen? Die Debatte begründet mit

den schwarzen Schafen, soziale Kürzungen und die Gängelung der Mehrheit. Schwarze Schafe gibt es überall – bei Armen wie bei Reichen. Diese Debatte spaltet die Gesellschaft. Sie bringt die Menschen gegeneinander auf. Diese Argumente unterhöheln den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit am Ende auch die freiheitliche, sozialstaatliche und demokratische Verfasstheit unseres Landes.

Wenn wir uns die Entwicklungen der letzten Jahre anschauen, muss man keine Glaskugel besitzen, um vorauszusagen, dass die Armut weiter ansteigt. Die Daten aus dem letzten Armutsbericht des Paritätischen stammen aus dem Jahr 2022. Die Arbeitslosigkeit und die SGB II-Quoten steigen wieder. Die Tafeln, die Bedürftige mit Lebensmitteln versorgen, hatten noch nie so viel zu tun. In vielen Branchen steigt die Anzahl der Insolvenzen. In dieser Phase einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise wäre es notwendig, dass der Staat investiert, damit die Wirtschaft wieder anzieht. Leider sehen wir kein Anzeichen einer Wirtschaftspolitik, die die Zeichen der Zeit erkennt. Aktuell wird wieder bei den Ärmsten gekürzt, z.B. im Eingliederungstitel der Jobcenter, also bei den Mitteln für die Arbeitsmarktintegration und Bildung von Menschen, die Leistungen der Jobcenter beziehen. In der Städteregion Aachen hat das Jobcenter etwa 12,7% weniger für die Förderung der Menschen zur Verfügung, in Mönchengladbach 14,3% und in Krefeld sogar 14,5% weniger.

Die Armut wächst. Die Frage ist, wollen wir das einfach so akzeptieren? Oder sollen wir zurückkehren zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wirtschaftswachstum und einen breiten gesellschaftlichen Wohlstand erzeugt. Armut abschaffen? Das ist nicht kompliziert. Wir brauchen dazu einen handlungsfähigen Staat, der in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur investiert – und der auch in die Menschen investiert. Davon würden alle profitieren. Armut abschaffen! Ein erster Schritt wäre die armutsichere Anhebung der Regelsätze im Bürgergeld und in der Grundsicherung.

Marko Jansen, Geschäftsführer
Der Paritätische Mönchengladbach

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels
Tel. 021 61/948 90 83
Kirchplatz 11 • 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
bma@stiftung-volksverein.de
Redaktion: Wolfgang Fels

Kontakt zum Bündnisrat

Christa Dressen,
c.dressen@gmx.de
Günter Rexilius,
guenter.rexilius@t-online.de
Hermann-Josef Kronen,
hermann-josef.kronen@t-online.de

Grafik: Christian Bauer

Druck: Printzipia, Auflage 1500, 100% Recycling
Spendenmöglichkeit:
Förderverein Stiftung Volksverein
Mönchengladbach e.V.
DE33 310 500 000 003 180 825
Verwendung: BMA